

U Sektion IV

KVV 2338/1

Wien, am 30. Oktober 1964

A k t e n v e r m e r k

F. P. Sell ✓  
7. P. Obermayer  
4 P. P. S.

Betr.: Verstaatlichte Industrie - Eisenschaffende Industrie.

Der Vizekanzler setzt seine Bestrebungen die Werke der österreichischen eisenschaffenden Industrie stärker mit den Comecon-Ländern zu verflechten fort. Direktor L u k e s c h arbeitete ein Memorandum aus, welches von der Feststellung ausgeht, dass im Ostraum 100 Millionen Konsumenten vorhanden sind, deren Bezugsinteressen koordiniert werden müssten. Da für diesen Konsumkreis steigendes Interesse im Westen besteht, wäre es die Aufgabe Österreichs dem zuvorzukommen und die Schwerindustrie sollte damit beginnen. 3. a.

Einen Versuch auf diesem Gebiet stellen die Bestrebungen zur Schaffung eines österreichisch-polnischen Stahlvereins dar. Gedacht ist an einen Zusammenschluss der beiderseitigen Hüttenwerke mit einem ständigen Büro in Wien, welches neben der allgemeinen Geschäftsführung und statistischen Arbeiten auch gebietsweise Investitionsabstimmungen, Zusammenarbeit in dritten Ländern, Preiserstellung bei den Exporten etc., vorzubereiten hätte. Diese Arbeiten hätten dann in Empfehlungen an die Regierungen einerseits und an die angeschlossenen Unternehmungen andererseits zu münden.

Der Beitritt zu diesem Zusammenschluss der österreichischen und polnischen Stahlwerke sollte auch Stahlindustriean anderer Länder offenstehen, wobei vor allem an Ungarn, die Tschechoslowakei und Rumänien gedacht ist. Um jedoch die wirklichen Zwecke zu verschleiern, sollte in dem Gründungsstatut auch der Beitritt westlicher Staaten vorgesehen sein.

Diese Ideen wurden den Vorstandsmitgliedern der eisenschaffenden Industrie bei der Sitzung der Arbeitsgemeinschaft Eisen und Stahl am 12. Oktober vorgetragen, von diesen aber nicht sehr ernst genommen.

Gleichzeitig regte Direktor Lukesch die Gründung eines "Warenverkehrsbüros" an. Hiefür interessiert sich sehr die "Transmerx" (Direktor Dr. Goldscheider). Dieses Büro hätte die Auf-

gabe den Export aus den Ostländern nach Österreich zu forcieren und hier Abnehmer für zu reexportierende Ostwaren zu suchen. Die Schwierigkeiten, welche hiedurch für die aufnehmenden Werke, wie etwa Böhler oder VOEST entstehen würden, liegen auf der Hand. Es ist daran gedacht diese Transaktionen womöglich ausserhalb der Handelsverträge durchzuführen.

Die vorerwähnte Plenarsitzung der Arbeitsgemeinschaft Eisen und Stahl diente jedoch in der Hauptsache dem Besuch des polnischen Handelsministers K u t i n , bei dem auch die in dem vorstehenden skizzierten Memorandum des Direktor L u k e s c h geäusserten Gedanken erörtert werden sollten.

Die Vorstandsmitglieder der Werke zeigten sich jedoch ohne Unterschied ihrer Parteizugehörigkeit gegenüber diesen Plänen recht zurückhaltend. Sie verwiesen darauf, dass diese Pläne im allgemeinen nicht in ihre geschäftlichen Konzepte passen und unterstrichen auch die in ihnen liegenden grossen Gefahren. Auch die Inopportunität im Hinblick auf die sowjetische Führungskrise wurde unterstrichen.

Der Besuch Kutins endete nicht positiv. Der Minister zeigte sich darüber enttäuscht, dass hinter den von Min.Rat Dr.Gatscha in Aussicht gestellten Möglichkeiten der erhöhten Abnahme polnischer Exportwaren, keine konkreten Offerte stünden. Gatscha verwies darauf, dass die Aktion erst im Anlaufen sei, worauf der Minister erklärte, er wolle in 3 Monaten wieder kommen. Dies wurde jedoch als eher verfrüht bezeichnet.

Gegenüber dieser starken Aktivität der Gruppe um Pittermann verhält sich die Bundeshandelskammer überraschend passiv. Sie hat z.B. keinen Einspruch dagegen erhoben, dass in das Stahlkomitee der ECE ausser dem Delegierten des Fachverbandes, Direktor Matuschka, auch Herr Ing.Szermak der Sektion IV delegiert wurde. Bundesminister Bock und Generaldirektor Oberegger haben dem zuge-

stimmt, ohne sich offenbar über die grundsätzliche handelspolitische Bedeutung dieser Massnahme klargeworden zu sein.

Es ist auch symptomatisch nicht uninteressant, dass in Krems eine Besprechung ausschliesslich der SP angehörenden Vorstandsmitglieder und Aufsichtsräte der Stahlindustrie stattgefunden hat, bei welcher dem Vizekanzler die Sorgen hinsichtlich der Montan-Union vorgetragen wurden. Dr. Pittermann soll erwidert haben, dass er in diesen Schwierigkeiten eher einen Vorteil sehe, weil man auf diese Weise auf jeden Fall die Assoziation vermeiden werden könne und die Ausweitung nach dem Osten dadurch leichter werde, da sich damit unsere "Kopflastigkeit" gegenüber dem Westen vermindere.

Generaldirektor Koller macht den Linkskurs seines Kollegen Lukesch nur ungern mit, kann sich aber ausdrücklichen Parteiweisungen nicht entziehen. Im übrigen sieht der Aufsichtsrat diesen Dingen tatenlos zu. Nur Generaldirektor-Stellv. Walch hat gegen die Institutionalisation der Zusammenarbeit mit dem Osten protestiert, da die Auswirkungen hinsichtlich der Beziehungen mit den EWG-Staaten unabsehbar sein würden. Er hat dagegen vorgeschlagen, dass man in loser Form, etwa halbjährig, zu unverbindlichen Diskussionen zusammentreten könnte.

Augenblicklich ruhen die Bestrebungen, werden jedoch unter der Oberfläche von Direktor Lukesch hartnäckig weiterverfolgt. Eine grosse Rolle spielt in diesem Zusammenhang der bekannte ehemalige kommunistische Chef der Staatspolizei Dr. Dürrmayer, der im Oste-handelsausschuss und in der österreichisch-polnischen Gesellschaft eine grosse Rolle spielt. Als ehemaliger KZ-Kamerad des polnischen Ministerpräsidenten Cyrankiewicz hat er die besten Verbindungen zu den führenden polnischen Persönlichkeiten und nützt diese eifrig. Auch der Industrielle Kremenetzky und der bekannte unglückliche Mitarbeiter des Herrn Nat. Rat a. D. Polcar, Dr. Lewandovsky, der ja auch im Akademikerbund sowie in der Widerstandsbewegung eine Rolle spielt, und dem Kreis der "Furche" angehört, wirken in dieser Richtung.

Demnächst steht eine neue Englandreise Pittermanns bevor, da ihm das Bankhaus Warburg einen vorwurfsvollen Brief geschrieben hat, weil aus seinen verschiedenen Versprechungen auf finanziellen Gebieten bisher nichts wurde. Pittermann will bei dieser Gelegenheit in seiner Eigenschaft als Vorsitzter der Sozialistischen Internationale erreichen, dass bei der Anwendung der Einfuhr-Sondersteuermassnahme die österreichische verstaatlichte Industrie möglichst verschont bleibt.

Inwiefern zwischen den Gesprächen Pittermanns mit dem polnischen Minister Kutin und den Unterredungen des Präsidenten Maleta in Warschau ein Zusammenhang besteht, konnte nicht festgestellt werden.

In der nächsten Zeit steht der Besuch des Handelsministers der DDR bei Pittermann bevor.

Das Nebeneinander der Arbeitsausschüsse und des 15er-Ausschusses droht für die ÖVP gefährlich zu werden. Pittermann treibt die Vorstandsmitglieder in den Arbeitsausschüssen zu Entscheidungen, wobei er ihnen droht, dass er die Angelegenheiten soferne sie nicht zu einer Einigung kommen dem 15er-Ausschuss unterbreiten werde. Der Hauptbeweggrund seines Verhaltens ist der Wunsch der Bundesregierung über persönliche Erfolge in der Führung der verstaatlichten Industrie berichten zu können. Dieses Verhalten wirkt auf eine Reihe von Vorstandsmitgliedern einschüchternd, welche Entscheidungen des 15er-Ausschusses fürchten und daher bereit sind, krampfhaften und oberflächlichen Lösungen zuzustimmen, wobei die Kernprobleme links liegen bleiben.

Gatscha und Lukesch sehen in der ganzen Hektik ausschliesslich die Möglichkeit ihre Macht und ihren Einfluss zu vergrössern. Dies zeigt sich besonders deutlich bei dem Bestreben, sogenannte ständige Kontaktbüros der Verkaufsdirektoren der einzelnen Sektoren der verstaatlichten Industrie zu schaffen sowie in dem Bestreben nach Errichtung von "Austrian Economic Centers" im Ausland. Die Zustimmung der Bundeskammer hiezu will man durch den Hinweis gewinnen, dass auch die Privatindustrie in diesen Centers vertreten sein

könnte, wobei die massgebenden Herren der Kammer offensichtlich die politische Gefahr verkennen. Eine bestimmte Gruppe von Vorstandsmitgliedern, ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit, unterstützt diese Bestrebungen lediglich in dem Wunsch, endlich zu einer Koordinierung zu kommen und verweisen auf ähnliche Bestrebungen im Ausland, wobei sie jedoch verkennen, dass dort derartige Zusammenbaukonstruktionen immer ausschliesslich aus rein wirtschaftlichen Gründen und ohne Einmischung seitens der Politik zustandekommen. Im übrigen werden derartige Konstruktionen dort äusserst sorgfältig vorbereitet und bedürfen manchmal Jahre bis zu ihrer Verwirklichung.

Eine andere Gruppe von Vorstandsmitgliedern steht den Bestrebungen der Sektion IV völlig interesselos gegenüber und begreifen entweder nicht die Absicht oder denken ausschliesslich an ihre persönlichen Interessen. Die besten sind noch die, welche sich bemühen die Probleme zu zerreden um eine ungünstige Lösung zu vermeiden. Die Aufsichtsräte, einschliesslich der der ÖVP angehörigen Präsidenten und Vizepräsidenten, stehen dieser Politik zumeist gänzlich interesselos und apathisch gegenüber.